

Berichtsvorlage

zur Behandlung im: **Ausschuss für Kultur, Integration und Gleichstellung**

zur Kenntnis im:

Betreff: Integrationspreise

Bezug: Antrag 516/2009

Anlagen: 2 Bezeichnung:

Anlage 1: Übersicht über Integrationspreise und –projekte

Anlage 2: Übersicht über die Gewinner des Wettbewerbs ‚Integration ist kein Zufall‘ der Bertelsmann Stiftung und des Bundesministeriums des Innern

Zusammenfassung:

In Deutschland werden Preise für vorbildliche Leistungen im Bereich der Integration (Integrationspreise) von unterschiedlichen Institutionen, Trägern und Stiftungen verliehen. Die Preise werden in mehr oder weniger regelmäßigen Zeitabständen ausgelobt. Zudem gibt es Preise von bspw. Stiftungen, die sich pro Ausschreibung einem anderen Thema widmen; so auch dem Thema Integration. Die Preise sind für unterschiedliche alters-, träger-, projekt- oder themenbezogene Kategorien ausgewiesen. Neben den (regelmäßigen) Preisen gibt es einmalige Wettbewerbe, so z.B. der Wettbewerb der Bertelsmann Stiftung und des Bundesministeriums des Innern.

Ziel:

Die Bertelsmann Stiftung hat zusammen mit dem Bundesministerium des Innern 2005 einen einmaligen Wettbewerb für kommunale Integrationskonzepte ausgeschrieben. Die Beschreibung der Preisträger-Kommunen ist in Anlage 2. Aus diesem Grund informiert die Vorlage über das breite Feld der Preisvergaben im Bereich der Integration.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Die Verwaltung informiert aufgrund des SPD-Antrags 516/2009 über Preise im Bereich der Integration.

2. Sachstand

Die Bundesregierung hat im Jahr 2009 erstmals ihren Integrationspreis „respekt2009“ verliehen. Es handelt sich um einen Jugendwettbewerb, an dem Jugendliche zwischen 10 und 19 Jahren teilnehmen können. In den Projekten bringen die Jugendlichen ihre eigenen Ideen ein und setzen diese zum größten Teil selbstständig um. Die Projekte sollen das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft fördern sowie zur Chancengleichheit und zum Abbau von Vorurteilen beitragen. Der Integrationspreis ist mit 1000 € dotiert.

16 Gewinnerprojekte (aus jedem Bundesland eines) wurden am 20. Mai 2009 in Berlin von der Integrationsbeauftragten Prof. Dr. Maria Böhmer ausgezeichnet. Jurymitglieder sind Dr. Ezhar Cezairli (Vertreterin der säkularen Musliminnen und Muslime auf der Deutschen Islam Konferenz), Nina Moghaddam (Moderatorin der Sendung "Deutschland sucht den Superstar – Das Magazin" bei RTL und SUPER RTL), Heinrich Popow (Leistungssportler und Gewinner bei den Paralympics 2008) sowie Vertreterinnen und Vertreter der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung und des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung

Anlage 1 enthält in der Tabelle „Übersicht über die Preisträger des bundesweiten Integrationspreises der Bundesregierung „respekt 2009““ eine Liste der diesjährigen Preisträger incl. Projektskizze.

Neben dem Preis der Bundesregierung gibt es einige Bundesländer, die Integrationspreise ausloben. In der Tabelle „Linkliste zu den Integrationspreisen der Bundesländer“ der Anlage 1 sind diese aufgelistet.

Beispielhaft finden sich in Anlage 1 in der Tabelle „Exemplarische Integrationspreise anderer Träger – Stiftungen“ Integrationspreise und Wettbewerbe, die von Stiftungen vergeben werden. Anlage 2 enthält exemplarisch Informationen zu den Preisträgern des Wettbewerbs „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik“ des Bundesministeriums des Innern und der Bertelsmann Stiftung, der 2005 verliehen wurde.

Um einen Überblick über die vielfältigen Ansätze von Integrationsmaßnahmen zu bekommen enthält Anlage 1 „Projektjahrbuch 2008“ das aktuelle Projektjahrbuch 2008 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass ein direkter Vergleich zwischen Kommunen und Integrationsprojekten kaum möglich ist, da die Ausgangslage und Rahmenbedingungen von Kommune zu Kommune variieren. Ideen von anderen Kommunen und Trägern werden als Anregung wahrgenommen.

3. Lösungsvarianten

Keine, da die Vergabe von Integrationspreisen nicht im kommunalen Zuständigkeitsbereich liegt.

4. Vorgehen der Verwaltung

Für die Universitätsstadt Tübingen wäre es wünschenswert, selbst einen Integrationspreis auszuloben um die Integrationsarbeit vor Ort zu honorieren und das Engagement in der Kommune zu fördern. Die Verwaltung hat deshalb bereits konzeptionelle Vorüberlegungen für eine Richtlinie zur Vergabe eines kommunalen Integrationspreises erarbeitet. In einer Beschlussvorlage soll der Gemeinderat in einer

seiner nächsten Sitzungen über die mögliche Auslobung eines Integrationspreises für Tübingen entscheiden.

5. Finanzielle Auswirkungen

Im Haushalts-Entwurf 2010 hat die Verwaltung eine Haushaltsstelle „Kommunaler Integrationspreis“ (1.0551.7170.000) mit Mitteln in Höhe von 4.500 EURO eingerichtet. Dieser Betrag ist mit einem Sperrvermerk versehen. Die Aufhebung des Sperrvermerks ist Aufgabe des Gemeinderates.

6. Anlagen

Anlage 1: Übersicht über Integrationspreise und –projekte

Anlage 2: Übersicht über die Gewinner des Wettbewerbs ‚Integration ist kein Zufall‘ der Bertelsmann Stiftung und des Bundesministeriums des Innern

Anlage 1 – Integrationspreise – Übersicht über Integrationspreise und -projekte

1) Übersicht über die Preisträger des bundesweiten Integrationspreises der Bundesregierung „respekt2009“

"respekt2009" - Integrationspreis der Bundesregierung - Siegerprojekte -				
	Projektsieger Bundesland	Projekttitel	Handlungsfeld	Projektskizze
1.	Bayern	"Arkadas"	Sprachförderung	Hausaufgabenhilfe an einer Grundschule durch Gymnasiasten des Spessart-Gymnasium; wöchentlicher Besuch eines Kindergartens durch die Gymnasiasten, gemeinsames Basteln, Spielen, Vorlesen; Erarbeitung und Aufführung eines Theaterstücks
2.	Baden-Württemberg	"JuKi - Jugend für Kinder"	Sprachförderung	Spendensammlung und Kauf von Büchern und Spielen für Ludwigsburger Kita; Vorlesen in Kitas, gemeinsames Basteln, Kinder für Bücher begeistern; Übernahme von Patenschaften in Kitas für besonders förderungsbedürftige Kinder
3.	Berlin	Musikgruppe "Böse Mädchen"	Musik	Gründung einer Musikgruppe; Einsatz in Liedtexten und Musik gegen Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und für Vielfalt
4.	Brandenburg	"Fußballpokalserie und Jugend-Politikstammtisch"	Sport	Fußballspielen für die Integration und gegen Ausgrenzung; Organisation von Turnieren, Hallen, Anfahrt, Öffentlichkeitsarbeit; Vernetzung aller Gruppen unter dem Motto "Jugend gegen Gewalt"; Veröffentlichung der Ergebnisse in Schülerzeitung "Zeitzündler"; Organisation von Jugend-Politikstammtischen durch "Zeitzündler"
5.	Bremen	"We come together - Integration lohnt sich"	Kulturarbeit	Gründung einer Musik-, Tanz- und Theater-AG an der Allgemeinen Berufsschule Bremen; Auseinandersetzung mit Themen der Integration; Texte gegen Ausländerfeindlichkeit

6.	Hamburg	"Freundschaft macht Schule"	Kulturarbeit	Unterricht in 6. Klassen der Gesamtschule Wilhelmsburg durch die 10. Klassen; Erarbeitung des Themas "Respekt" und Organisation einer Ausstellung zum Thema "Respekt"
7.	Hessen	"Sprache als Brücke zur Integration"	Sprachförderung	Schülerinnen und Schüler einer 13. Klasse in Gießen unterrichten junge Flüchtlinge in Deutsch; Intensivunterricht zur Unterstützung der Sprachentwicklung; Einzelunterricht und gemeinsame Unternehmungen
8.	Mecklenburg-Vorpommern	"Viele Farben hat die Welt"	Musik	Gründung einer Musicalgruppe und Aufführung eines Musicals.
9.	Niedersachsen	"Zirkus der Kulturen"	Kulturarbeit	Organisation eines interkulturellen Zeltlagers durch Jugendliche unterschiedlicher Herkunft für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund aus unterschiedlichen sozialen Schichten; Gründung eines Vereins und Spendensammlung durch das Team; Werbung für das Schullager an Schulen; Zirkusshow bildet den Abschluss des Zeltlagers
10.	Nordrhein-Westfalen	"Big Brother & Sister AG"	Sprachförderung und Bildungsarbeit	Schülerinnen und Schüler einer Oberstufe geben bildungsbenachteiligten Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshintergrund Nachhilfe; intensive Vorbereitung vor allem in den 6. Klassen einer Gesamtschule, in denen die Weichen für die Zulassung zum gymnasialen Abschluss gestellt werden
11.	Rheinland-Pfalz	"Hörst Du uns - Ludwigs-hafens junge Migranten auf Sendung"	Kulturarbeit und Sprachförderung	Gestaltung von Radiosendungen durch jugendliche Migrantinnen und Migranten; Diskussion aktueller Themen wie die Umstrukturierung der Realschulen; Gestaltung von Interviews; der nicht kommerzielle Sender "bermudafunk" dient als Plattform.

12.	Saarland	"Beats and Bytes"	Kulturarbeit	Organisation einer Filmwerkstatt; Schreiben, Vertonung und Produktion von Hip-Hop-Songs; Organisation von Jam-Sessions und Tanz-Workshops; Rap-Videos.
13.	Sachsen	"Showdance Queens"	Kulturarbeit	35 Mädchen aus 11 Ländern gehören zur Tanzgruppe; Internationale Tänze und Aufführungen
14.	Sachsen-Anhalt	"Naumburger BC 1920"	Sport	Fußball als Integrationsmotor; Verein mit Integrationsbeauftragten; Jugendliche unterstützen sich gegenseitig auch bei den Hausaufgaben; jeden Monat eintägige Integrationsveranstaltung; jährliches Trainingscamp
15.	Schleswig-Holstein	"Let's cook!"	Kulturarbeit	Jede 5. Schüler und jede 5. Schülerin der Freiherr-vom-Stein Schule hat einen Migrationshintergrund; die Klasse 10 organisierte das Projekt "Let's cook" mit Lieblingsrezepten aller Mitschülerinnen und Mitschüler; Vorstellen der unterschiedlichen Herkunftsländern, Entwurf von Informationsplakaten zu den jeweiligen Ländern und im Anschluss gemeinsames Kochen; Erstellen eines gemeinsamen Kochbuchs
16.	Thüringen	"Du bist Du, ich bin Ich"	Bildungsarbeit & Verständigung	Schülerinnen und Schüler der Andreas-Reyher-Regelschule in Gotha besuchen Grundschulen und unterrichten Kinder zum Thema Integration; jede Stunde steht unter einem anderen Motto; die Kinder reagieren anders auf die Schülerinnen und Schüler als auf Lehrer und öffnen sich leichter; Ausgrenzung entgegenwirken

2) Linkliste zu den Integrationspreisen der Bundesländer

Integrationspreise der Bundesländer		
	Bundesland	Link
1.	Berlin	http://www.berlin.de/lb/intmig/beirat/integrationspreis/index.html
2.	Brandenburg	http://www.masgf.brandenburg.de/cms/detail.php?gsid=bb1.c.152539.de&_siteid=19
3.	Bremen	http://www.bremer-rat-fuer-integration.de/projekte/integrationspreis/
4.	Hamburg	http://www.hamburg.de/integrationsbeirat/nofl/115230/2007-11-14-bsg-integrationspreis.html
5.	Hessen	http://www.hmdj.hessen.de/irj/HMdJ_Internet?cid=955b26d33fa84321ecf637a45715af17
6.	Niedersachsen	http://www.integrationsbeauftragte.niedersachsen.de/master/C53623147_N53623079_L20_D0_I40916096.html
7.	Nordrhein-Westfalen	http://www.mgffi.nrw.de/integration/index.php
8.	Sachsen-Anhalt	http://www.asp.sachsen-anhalt.de/pres-seapp/data/stk/2009/354_2009_7d128f87fd53c58160098e1dbb03900e.htm

9.	Rheinland-Pfalz	http://integration.rlp.de/aktuelles/presse/archiv/einzelansicht/news/2008/09/dreyerbruch-erster-integrationspreis-geht-an-die-stadt-koblenz/
10.	Rheinland-Pfalz	http://www.wir-tun-was.de/

3) Exemplarische Integrationspreise anderer Träger – Stiftungen

Integrationspreise anderer Träger – Stiftungen		
	Bundesland	Link
1.	DFB & Mercedes-Benz	http://www.dfb.de/index.php?id=501909
2.	Bertelsmann Stiftung	http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-B3E34A92-65B6AC2A/bst/hs.xsl/18661.htm
3.	Bündnis für Demokratie und Toleranz	www.buendnis-toleranz.de
4.	Kulturstiftung Dresden, Dresdner Bank, Stiftung Frauenkirche Dresden, Freudenberg Stiftung & Amadeu Antonio Stiftung	http://www.demokratiepreis-sachsen.de/start/
5.	Roland Berger Stiftung	http://www.rolandberger-stiftung.org/de/der-roland-berger-preis-fuer-menschenwuerde.html
6.	Bundesministerium des Innern & Bertelsmann Stiftung	http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/prj_6644.htm
7.	Stiftung Bürger für Bürger	www.buerger-fuer-buerger.de

4) Projektjahrbuch 2008 des BAMF

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2008: Projektjahrbuch 2008. Potenziale nutzen – Integration fördern. Nürnberg.

Auch online unter:

http://www.integration-in-deutschland.de/nn_283118/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/Publikationen/Integrationsprojekte/projektjahrbuch-2008.html

Kurzporträt Belm

Belm ist eine von 17 Gemeinden im Landkreis Osnabrück. Der Zuwandereranteil der rund 14.000 Einwohner in Belm liegt bei etwas mehr als 20 Prozent; (Spät-)Aussiedler bilden die größte Gruppe. Die Besonderheit der Integrationspolitik dieser kleinen Gemeinde liegt in der pragmatischen Strategie und Handlungsweise, mit der sie den Einwandererzustrom der vergangenen Jahrzehnte gemeistert hat.

In den 1980er Jahren erreichte Belm die erste große Einwanderungswelle von Aussiedlern, die in ehemaligen Siedlungen britischer NATO-Soldaten im Stadtteil Powe untergebracht wurden. Als die zweite Einwanderungswelle von Aussiedlern in den 1990er Jahren eintraf, geriet die Gemeinde durch wachsende Wohnungsknappheit und finanzielle Notlagen stark unter Druck. Dieses Problem erzeugte akuten Handlungsbedarf - Politik und Verwaltung von Belm leiteten erste strategische Planungsschritte ein.

Um eigene Potenziale optimal nutzen zu können, stellte die Gemeinde Anträge auf staatliche Fördergelder und holte somit externe Unterstützung ein. Auf diese Weise wurde Belm im Jahr 2000 in das Sanierungsprogramm „Stadtteile mit Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ aufgenommen. Damit war die reaktive Phase ihrer Integrationspolitik beendet und es begann deren aktive und systematische Steuerung.

Die in einem integrierten Handlungskonzept geplanten städtebaulichen und sozialen Maßnahmen trugen nach ihrer Durchführung maßgeblich zu Verbesserungen der Lebensqualität in sanierungsbedürftigen Wohnvierteln bei. Darüber hinaus konnte Belm die Universität Osnabrück als Kooperationspartner gewinnen und damit eine wissenschaftliche Begleitung ihrer Projekte sicherstellen. Durch das im Jahr 2003 gestartete Förderprogramm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) wurde eine Vielzahl von Projekten initiiert; dies verbesserte insbesondere die berufliche Integration von Zuwanderern deutlich.

Die Gemeinde Belm begreift Integration als Chefsache, wie Bürgermeister Bernd Wellmann gegenüber der Wettbewerbs-Jury ausdrücklich betonte. Die Umsetzung erfolgt als Querschnittsaufgabe. Dabei liegt die Steuerung vorwiegend beim Quartiersmanagement, das eine Brückenfunktion zwischen dem Bürgermeister und der Verwaltung einerseits und der Bevölkerung sowie Vereinen auf der anderen Seite innehat.

Eines der wichtigsten Elemente des Integrationskonzeptes stellt das beispielhaft hohe soziale Engagement der Bürger Belms dar: Sie haben bereits Anfang der 1990er Jahre erste Patenschaften für russlanddeutsche Aussiedler übernommen. Daraus entstand ein Netzwerk aller relevanten Akteure. Neben Politik und Verwaltung sorgen bürgernahe Quartiersmanager für die Aktivie-

rung der Bürger und Erhaltung der Bürgerbeteiligung. So wird die Grundlage für eine gelungene Integration gewährleistet sowie der gemeinsame Wille und politisch-gesellschaftliche Konsens zur Integration gefestigt.

Eine herausragende Rolle spielen hoch motivierte Sozialarbeiter, die in wichtigen Begegnungsstätten wie der Belmer Integrationswerkstatt (BIW), dem Belmer Integrationsclub (BIC), dem Zirkus BELMELLI und dem Offenen Kindertreff tätig sind. Diese Einrichtungen bieten nicht nur ein Forum für den kontinuierlichen Kontakt zwischen alteingesessenen Einwohnern und Zugewanderten, sondern auch Qualifizierungsmaßnahmen für benachteiligte Gruppen an. Neben berufsvorbereitenden Kursen und Sprachkursen im BIW erhalten Jugendliche auch die Möglichkeit, einen Schulabschluss nachzuholen.

Das Integrationskonzept von Belm enthält außerdem exakt messbare Erfolgsindikatoren. Dazu zählen beispielsweise die Zahl der Teilnehmer an Veranstaltungen, die Vermittlungsquote von Teilnehmern an Qualifizierungsprogrammen in Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse, ihre Abschlussquote sowie ein deutlicher Rückgang von Straftaten. Diese Erfolge rechtfertigen den hohen finanziellen Aufwand: Belm investiert zwei Drittel seines Budgets für freiwillige Ausgaben in Integrationsaufgaben.

Ansprechpartner:

Viktor Hermeler
Erster Gemeinderat

Marktring 13
D-49191 Belm

Tel.: 05406 / 505-26
E-Mail: hermeler@belm.de

Kurzporträt Landkreis Hersfeld-Rotenburg

Hersfeld-Rotenburg ist ein ländlich strukturierter Kreis im Nordosten von Hessen. Der Landkreis besteht aus 16 Gemeinden und vier Städten, in denen insgesamt 130.000 Einwohner leben. Der Anteil der Zuwanderer an der Gesamtbevölkerung liegt bei etwa 9,1 Prozent. Davon bilden die Spätaussiedler die größte Gruppe. In einigen segregierten Wohnvierteln stellen Spätaussiedler teilweise die Hälfte aller Bewohner.

Diese Ausgangslage führte in der Integrationspolitik zu einer Fokussierung auf die Verbesserung der Integration von Spätaussiedlern. So entwickelte der Landkreis 1998 mit Unterstützung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der Fachhochschule Darmstadt ein Praxisforschungsprojekt. Es verfolgte zwei Ziele. Erstens sollte eine Bestandsaufnahme der Integrationssituation aller zugewanderten Gruppen geleistet werden; zweitens wollte man durch eine netzwerkorientierte Integrationsarbeit Ressourcen bündeln. Neben dem Aufbau eines Netzwerks von Arbeitsverwaltung, Schulen, Wohlfahrtsverbänden, Vereinen etc. und jährlichen Fachtagungen zum Thema wurde zudem ein Arbeitskreis „Jugendliche Spätaussiedler“ gegründet.

Im März 2001 entstand daraus das Modellprojekt „Netzwerk für Integration“, das in Kooperation mit dem Bundesministerium des Innern und des DGB initiiert wurde. Mit finanzieller Unterstützung des Bundesverwaltungsamtes sollten vorhandene Potenziale effektiver genutzt und die Einbindung von Betroffenen intensiviert werden. Beispielsweise arbeitete man in den Netzwerkgruppen gemeinsam mit Migranten an der Entwicklung von Sprachförderangeboten. Ferner wurden im Jahr 2002 Betreuer mit Migrationshintergrund von den Regeldiensten eingestellt.

Die Steuerungsgruppe des Netzwerks setzt sich aus Vertretern der Abteilung „Migration und Integration“ des Sozialamtes und Jugendhilfeplanern des Jugendamtes zusammen. Diese Steuerungsgruppe operiert inzwischen als gemeinnütziger Verein, der sich selbst trägt.

Bei Fragen zu Integration nehmen der „Fachdienst Migration“ und „Besondere Soziale Dienste/Jugendhilfe“ eine zentrale Rolle ein. Diese Institutionen sind nicht nur eine wichtige Anlaufstelle für die einheimische wie die zugewanderte Bevölkerung, sondern wirken auch als treibende Kraft bei der wirkungsvollen Durchführung der Integrationsmaßnahmen.

Beeindruckend am Landkreis Hersfeld-Rotenburg ist der erfolgreiche Lernprozess, der im Fachdienst stattgefunden hat. Laut Auskunft des Leiters Frank Hildebrandt hat der Dienst in den vergangenen Jahren einen positiven Perspektivwechsel vollzogen: Man habe einen Weg von der reinen Leistungsgewährung hin zu einer Integrationsarbeit gefunden, die auf einem würdevol-

len Miteinander beruht. Der Dialog zwischen den Arbeitern des Fachdienstes und den Zuwanderern erfolge auf gleicher Augenhöhe.

Gemäß dem Leitbild der Einrichtung fußt Integration auf den drei Säulen Sprache, Arbeit und sozialer Integration. Nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ zählen zum Angebot des Fachdienstes etwa Case-Management, Qualifizierung und Weiterbildung, Förderung der beruflichen Integration sowie Eingliederung in den Arbeitsmarkt.

Der Landkreis hat sich für die Zukunft viel vorgenommen. Mit der Gründung eines Integrationsbeirats wird politisch eine Basis gelegt, auf deren Grundlage die interkulturelle Öffnung der Verwaltung vorangetrieben werden soll – etwa durch die Vermittlung von interkultureller Kompetenz an die Mitarbeiter. Außerdem stehen zukünftig der Aufbau ehrenamtlichen Engagements und die Ausweitung aufsuchender Betreuung an sozialen Brennpunkten im Vordergrund.

Ansprechpartner:

Frank Hildebrand
Fachdienstleiter Migration und Integration

Friedloser Str. 12
D-36251 Bad Hersfeld

Tel.: 06621-87-293
E-Mail: frank.hildebrand@hef-rof.de

Kurzporträt Solingen

Die nordrhein-westfälische Stadt Solingen liegt im Bergischen Land und hat rund 163.000 Einwohner. Der Anteil von Ausländern an der Bevölkerung beträgt 13,9 Prozent. Zählt man Aussiedler und eingebürgerte Zuwanderer hinzu, ergibt sich eine Quote von mehr als 20 Prozent. In der Stadt leben Menschen aus über 130 Herkunftsländern.

Die Gründung der „Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendliche“ (RAA) im Jahr 1988, der Aufbau eines „Mobilen Netzwerks“ vier Jahre später und die Schaffung der Stelle einer kommunalen Ausländerbeauftragten trugen maßgeblich zu Erfolgen im Bereich der Integration bei. Der Ausländerbeauftragten Anne Wehkamp zufolge haben sich zwar viele Migranten innerhalb der vergangenen vier Jahrzehnte gut in die städtische Gesellschaft integriert, doch sind sie stärker als Alteingesessene von Arbeitslosigkeit betroffen. Ihre prekäre Lebenssituation werde durch geringe berufliche Qualifikation und Sprachdefizite zusätzlich verschärft.

Im Jahr 1993 geriet Solingen negativ in die Schlagzeilen: Ein von Rechtsextremen verübter Brandanschlag auf das Haus einer türkischstämmigen Familie, bei dem fünf Menschen starben, erschütterte die Einwohner der Stadt tief. Diese Gewalttat führte zu einer Zäsur in Solingens Ausländerpolitik. Als Zeichen der Solidarität mit den Opfern wollten sowohl Lokalpolitiker als auch die Mehrheit der Bewohner ein positives Signal setzen; sie bemühten sich daher verstärkt um ein friedliches Miteinander zwischen allen Bevölkerungsgruppen.

Nach einem zweijährigen Prozess partizipativer Arbeit zwischen den betroffenen Gruppen von Akteuren beschloss der Rat der Stadt 2001 ein „Interkulturelles Gesamtkonzept“. In der Verwaltung wurde eine Umsetzungsgruppe geschaffen, die aus Vertretern der unterschiedlichen Ressorts und des Zuwanderungs- und Integrationsausschusses sowie der Wohlfahrtsverbände besteht.

In dieser Umsetzungsgruppe wird der jeweilige Entwicklungsstand rund um das Thema Integration reflektiert, um daraus Handlungsoptionen abzuleiten. Die Vertreter bringen diese Ergebnisse dann wieder in ihre jeweiligen Ressorts ein. Auf diese Weise entsteht Transparenz für alle Beteiligte. Ferner wird dadurch deutlich, dass Integration als eine strategische Querschnittsaufgabe auf allen Politikfeldern verstanden und überzeugend umgesetzt wird.

Um die Steuerung noch weiter zu verbessern, wird derzeit an der Entwicklung eines gesamtstädtischen Indikatorensystems gearbeitet. In ihm sollen alle für die Zielerfüllung relevanten Daten gesammelt werden, um den Planungsprozess zu erleichtern.

Ein Beispiel für die Umsetzung des „Interkulturellen Gesamtkonzepts“ ist die Ausländerbehörde Solingens. Diese hatte im Rahmen des Projekts „Kommunen der Zukunft“ Servicegarantien erarbeitet; sie sollten die Dienstleistungsorientierung für Migranten sicherstellen. Seit der Einführung dieser Garantien ist die Zufriedenheit nicht nur bei den Migranten, sondern auch bei den Mitarbeitern der Behörde stark gestiegen.

Bürgerbeteiligung spielt in Solingen eine wichtige Rolle. Einen Beleg für die hohe Bereitschaft der Migranten zur aktiven Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben stellt unter anderem ihr Engagement in Stadtteilinitiativen und interreligiösen Dialogen dar. Dass die Partizipation gelingt, bewies insbesondere die letzte Wahl zum Jugendstadtrat 2003: 40 Prozent der gewählten Vertreter waren Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Weiterhin wurden Migranten aus Anlass der Entwicklung eines gesamtstädtischen Leitbilds dazu aufgefordert, sich mit Ihren Ideen und Beiträgen in die verschiedenen Arbeitsgruppen einzubringen. Integration war als Thema in allen Arbeitsgruppen als Schwerpunkt vorgegeben.

Die Sensibilität von Politik und Verwaltung für das Thema Migration sowie das breit gefächerte Spektrum an Maßnahmen sind gute Voraussetzungen für die Planung der zukünftigen Integrationspolitik. Solingens „Interkulturelles Gesamtkonzept“ bietet dabei eine gute Grundlage für strukturiertes Handeln.

Ansprechpartnerin:

**Frau Anne Wehkamp
Ausländerbeauftragte**

Schlagbaumer Str. 126
42653 Solingen

Tel: 0212 / 290 - 2225
E-Mail: a.wehkamp@solingen.de

Kurzportrait Stuttgart

Die baden-württembergische Landeshauptstadt Stuttgart mit ihren 589.000 Einwohnern versteht sich als internationale Stadt und gehört zu den ersten deutschen Großstädten, die ein integrationspolitisches Gesamtkonzept entwickelt haben. Etwa 132.000 Bewohner haben keinen deutschen Pass; ihr Anteil an den unterschiedlichen Altersschichten variiert jedoch stark.

Die Großstadt Stuttgart überzeugt mit einem zukunftsorientierten Gesamtkonzept, das Integrationspolitik unter anderem als Standortfaktor für internationale Unternehmen begreift. Das Konzept erfuhr breite internationale Anerkennung und wird von der Stadt als eines ihrer „Markenzeichen“ betrachtet.

Das Gesamtkonzept „Ein Bündnis für Integration“ enthält einen politischen Auftrag für die ganze Stadt und ist als Synthese aus „leadership“ und „community involvement“ angelegt. Dies zeigt sich in der Verankerung der Integrationspolitik als „Chefsache“ beim Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster. Er ist von der Notwendigkeit überzeugt, Zuwanderer für den internationalen Wirtschaftsstandort Stuttgart zu qualifizieren und bürgerschaftliches Engagement stark zu fördern.

Integration wurde zudem als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung verankert, wobei der Stabstelle eine zentrale Koordinierungsfunktion zukommt. Die Verantwortung für das Thema Integration liegt jedoch bei den Fachämtern und Dienststellen: Sie sind verpflichtet, ihre Angebote auf die besondere Lebenssituation von Migranten in Stuttgart auszurichten.

Ziele des Integrationskonzepts sind die Förderung der Partizipation und Chancengleichheit von Migranten, die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und des friedlichen Zusammenlebens sowie die Nutzung der kulturellen Vielfalt als Ressource. An der Umsetzung dieser Ziele werden Bürger, Vereine und Migrantenorganisationen als aktive Partner an zahlreichen handlungsfeldbezogenen Netzwerken beteiligt.

Von dieser strukturellen Verankerung abgesehen, ist das Stuttgarter Modell erfolgreich, weil es die Aspekte von Integration als Herstellung von Chancengleichheit und „community building“ verbindet. Man legt Wert auf die Nachhaltigkeit interkultureller Begegnungen und unterstützt zahlreiche Aktivitäten im Kulturbereich. Das wird als hervorragendes Mittel betrachtet, um die einheimische Bevölkerung für das Thema Integration zu interessieren und das internationale Klima in der Stadt zu stärken.

Ein weiteres Ziel ist der Aufbau eines flächendeckenden Angebots städtischer Sprachförderung, die dem Bedarf und der Bildungserfahrung der Lernenden Rechnung trägt. Im Bereich der nachholenden Integration werden in diesen Sprachkursen nicht nur Wortschatz und Grammatik, sondern auch Kenntnisse zur Orientierung im deutschen Alltag vermittelt.

Die Arbeit in einzelnen Stadtteilen versucht einerseits, Barrieren für Minderheiten abzubauen, andererseits aber auch, die deutsche Mehrheitsbevölkerung für den Gedanken der internationalen Stadt zu begeistern und sie in den Prozess des „community building“ einzubeziehen. Darin sieht die Stadt eine wichtige Voraussetzung für den dauerhaften Erfolg ihrer Integrationsanstrengungen.

Ansprechpartner:
Herr Gari Pavkovic
Leiter der Stabstelle für Integrationspolitik

Eberhardstr. 61
70173 Stuttgart

Tel: 0711 / 216 2645
E-Mail: Gari.Pavkovic@stuttgart.de